

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

8.4.1931 (No. 81)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Herausgeber:
Nr. 953
und 954
Verlagskonto:
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. e. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einjährl. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigeneinstellung, Auswahlgewinn, Anzeigeneinstellung, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes

Im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland in der Zeit vom 16. bis 31. März 1931.

Die erwartete jahreszeitliche Entlastung des Arbeitsmarktes hat in der zweiten Hälfte des März zwar deutlich, aber viel weniger kräftig als sonst eingeleitet. Die absteigende Kurve der Arbeitslosigkeit zeigt einen ähnlichen flachen Verlauf wie im Krisenfrühjahr 1926. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern eingetragenen Arbeitsuchenden hat sich um rund 20 000 Personen auf 311 872 auf 292 260 vermindert. Beteiligt waren an der Abnahme hauptsächlich das Baugewerbe mit 7000 Mann, die Tabakindustrie mit 5000 Personen, sowie die Holzindustrie und das Bekleidungs- und Textilgewerbe mit je 1400 Personen. In den übrigen Berufsgruppen war die Entlastung zahlenmäßig weniger von Bedeutung; eine nennenswerte Zunahme der Arbeitslosenzahl war in keiner Gruppe mehr festzustellen.

Die Inanspruchnahme der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung hat im ganzen eine Entlastung um rund 14 000 Hauptunterstützungsempfänger erfahren, während die Zahl der Krisenunterstützten nochmals um 1600 Personen gestiegen ist. Nach der Statistik der Arbeitsämter war der Stand an unterstützten Arbeitslosen am Schlusse des Monats März folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung:
155 207 Personen (120 274 Männer, 34 933 Frauen),
in der Krisenunterstützung:
42 518 Personen (37 860 Männer, 4 658 Frauen).
Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel um 12 400 Personen oder um 5,9 v. H.:

von 210 125 Personen (167 254 Männer, 42 871 Frauen)
auf 197 725 Personen (158 134 Männer, 39 591 Frauen);
davon kamen auf Württemberg 85 519 gegen 90 048 und auf Baden 112 206 gegen 120 077 am 14. März 1931.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen Ende März 1931 auf 1000 Einwohner 89,3 Hauptunterstützungsempfänger gegen 91,1 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage wurde in der Berichtszeit hauptsächlich von Veränderungen in folgenden Berufsgruppen bestimmt:

Die zahlenmäßig größte Entlastung hatte das Baugewerbe zu verzeichnen, in dem 4000 Facharbeiter und 2700 Hilfsarbeiter wieder Beschäftigung fanden. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen im Baugewerbe beträgt aber immer noch über 56 000 Mann. Diese Zahl ist um 20 000 größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres; sie zeigt deutlich, wie schlecht in diesem Jahre die Aussichten des Baugewerbes zu beurteilen sind. In zahlreichen Maßnahmen der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge sind 4200 Mann als Hilfsarbeiter beschäftigt.

In der Industrie der Steine und Erden konnten die Steinbrüche mit der teilweise Wiederaufnahme der Arbeiten beginnen. In den Ziegeleibetrieben dagegen herrscht fast überall noch Arbeitsruhe. Die Entlastung des Arbeitsmarktes betrug in der ganzen Berufsgruppe über 800 Mann.

Die Wiederaufnahme der Arbeiten in der Landwirtschaft war durch die frostige Witterung und in den höheren Lagen auch durch Schnee noch gehemmt. Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter war dementsprechend gering. Die Entlastung des Arbeitsmarktes betrug aber immerhin 500 Personen. Die Fortwirtschaft stellte Arbeitskräfte für Pflanzungsarbeiten ein und auch die Gärtnereien waren in geringem Umfang aufnahmefähig.

Im Bergbau hat sich die Lage in der Rheinisch-Westfälischen Kohlen- und Mannheimer Hafen nicht gebessert. Durch Einstellungen bei der Reichspost und bei der Reichsbahn wurde aber eine geringe Entlastung der Arbeitsmarktlage erzielt.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe hat die Vermittlungstätigkeit für weibliche Kräfte in Saisonstellen angehalten. Auffallend gering aber waren die Anforderungen nach männlichen Kräften.

Im Feinlebensgewerbe war im Hinblick auf Ostern der Bedarf an männlichen und weiblichen Kräften ziemlich stark und auch das Reinigungs- und Putzgewerbe zeigte eine saisonmäßige Belebung. Die Entlastung in der Berufsgruppe Körperpflege und Reinigungsgewerbe betrug 200 Personen.

Die Nachfrage nach Hausgehilfen war ebenfalls sehr lebhaft. Die Arbeitsämter konnten dem Bedarf an Hausmädchen, Wirtschaftlerinnen und Stützen im allgemeinen entsprechen. Sehr groß ist noch das Angebot an mangelhaft ausgebildetem Personal.

Die Arbeitsmarktlage in der Industrie hat in der Berichtszeit zwar keine Verschlechterung mehr erfahren, sie ist aber mit wenigen Ausnahmen noch unverändert schlecht geblieben. Dies gilt vor allem für die Metallindustrie, wo eine Entlastung um 1000 Personen von 52 000 auf 51 000 Arbeitslose noch als ganz unbefriedigend anzusehen ist. In der Gummi- und Porzellanindustrie wurde ein weiteres Sinken des Beschäftigungsgrades beobachtet. Entlassungen wurden gemeldet im Schiffbau, in der Herdfabrikation, in einem Eisenbahnsignalwerk, in einem Messingwerk, in einem Eisenwerk und in der Fabrikation der chirurgischen Instrumente. Im Waggonbau hat die Vermittlung angehalten und im übrigen war die Entlastung der Arbeitsmarktlage für Metallarbeiter durch saisonmäßige Einflüsse hervorgerufen.

In der chemischen Industrie wurden Entlassungen in der Kunstseidenfabrikation gemeldet.

In der Textilindustrie hat sich die Entspannung der Lage fortgesetzt, fast in allen Branchen konnte ein Anziehen der Beschäftigung festgestellt werden. Die Arbeitslosenzahl ist im Spinnstoffgewerbe um weitere 300 Personen gesunken.

Letzte Nachrichten

Keine Einberufung des Reichstags

W.B. Berlin, 8. April. (Tel.) Im Ältestenrat des Reichstags wurden die Anträge auf Einberufung des Reichstags abgelehnt.

Die Einladung nach England

Am den Zeitpunkt der Besprechung von Chequers

W.B. Berlin, 8. April. (Priv.-Tel.) In Berliner politischen Kreisen beschäftigt man sich lebhaft mit der gestrigen Reuter-Meldung, in der eine wahrscheinliche Verschiebung des Besuchs in Chequers auf Ende Mai angekündigt wurde.

Wie wir erfahren, liegen der Erwägung eines späteren Datums (nach der Genfer Tagung) keine politischen Momente zugrunde. Es ist auch nicht anzunehmen, daß etwa die Verstimmung, die die englische Einladung in französischen Kreisen hervorgerufen hat, die englische Regierung irgendwie beeinflussen wird. Vielmehr handelt es sich um rein sachliche Zweckmäßigkeitsbetrachtungen über den Termin, die noch keineswegs abgeschlossen sind. Ursprünglich stand der erste Sonntag des Mai im Vordergrund. Es stellte sich dann heraus, daß zwar Henderson zu diesem Zeitpunkt abkömmlich sein, MacDonald dagegen nicht an der Zusammenkunft teilnehmen können. Die englische Regierung schlug deshalb das folgende Wochenende vor. Dieser Zeitpunkt war aber der deutschen Regierung aus mancherlei Gründen nicht genehm. Dabei mag mit eine Rolle gespielt haben, daß der Besuch dann etwas dicht an die Genfer Tagung heranrückte. Die englische Regierung hat darauf vorgeschlagen, die Zusammenkunft unter diesen Umständen doch lieber auf Ende Mai zu verschieben. Aus dieser Entwicklung der Vorbesprechungen ergibt sich von selbst, daß alle Vermutungen irgendwelcher politischen Hintergründe des Verschiebungsvorschlages abwegig sind.

Im Augenblick steht auch noch keineswegs fest, ob der Besuch nun tatsächlich erst Ende Mai erfolgt.

Vielleicht dürfte die Reichsregierung jetzt zu entscheiden haben, ob sie nicht doch das zweite Wochenende als den zweckmäßigsten unter den möglichen Terminen wählt. In politischen Kreisen neigt man der Auffassung zu, daß der Kanzler und der Außenminister, die in Baden-Baden unterrichtet worden sind, sich wahrscheinlich für diesen Zeitpunkt entscheiden werden.

Geht Briand nach London?

W.B. Paris, 8. April. (Tel.) Am Quai d'Orsay erklärt man, daß Briand sich noch nicht geäußert habe, ob er der englischen Einladung nach London Folge leisten werde oder nicht. Nach dem „Echo de Paris“ dürfte er sein Verhalten davon abhängig machen, ob der italienische Außenminister Grandi nach London kommt oder nicht. Auch „Deuxième“ vertritt diesen Standpunkt und meint, Grandis Anwesenheit bei der Zusammenkunft in Chequers würde es Briand wesentlich erschweren, der Zusammenkunft fernzubleiben.

Der Berliner Oberbürgermeisterposten

W.B. Berlin, 8. April. (Priv.-Tel.) Der ehemalige Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig, Dr. Sahm, trifft, wie die „B. Z. a. M.“ meldet, im Laufe des heutigen Tages hier zu Verhandlungen ein, die seiner Wahl zum Oberbürgermeister von Berlin gelten. Dr. Sahm hat sich um den Oberbürgermeisterposten der Reichshauptstadt nicht beworben; die Vorbesprechungen haben ergeben, daß er eine evtl. Wahl annehmen würde. Die heutigen Verhandlungen sollen den Bedingungen gewidmet sein, unter denen Dr. Sahm zur Übernahme des Postens bereit wäre.

Die im Verein Deutscher Ingenieure und im Bunde Deutscher Architekten zusammengeschlossenen Techniker stellen die Forderung auf, daß der zu wählende zweite Bürgermeister von Berlin ein Techniker sein solle. Sie begründen die Forderung damit, daß die kommunalen Aufgaben der Reichshauptstadt in der Hauptsache technische Aufgaben seien: Städtebau, Hoch- und Tiefbau, Schnellbahn- und Kraftfahrzeugbau.

In der Papierindustrie hat eine große Zellstofffabrik 350 und eine weitere Zellulosefabrik 60 Arbeitskräfte entlassen.

In der Holzindustrie haben die stillliegenden Sägewerke den Betrieb teilweise wieder aufgenommen. In der Möbelindustrie zeigte sich ebenfalls eine leichte Aufnahmefähigkeit, doch sind andererseits die Entlassungen noch nicht ganz zum Stillstand gekommen.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe betrug die Entlastung des Arbeitsmarktes infolge der fortschreitenden Wiederaufnahme der Arbeit in der Tabakindustrie über 5000 Personen. In der Zuckerindustrie nahmen die Entlassungen ihren saisonmäßigen Fortgang. Auch im Metzgereigewerbe wurden Entlassungen vorgenommen.

Im Bekleidungs- und Textilgewerbe hat sich die Besserung in der Maßschneiderei merklich verstärkt, so daß eine Verringerung der Arbeitslosenzahl um 800 männliche und über 500 weibliche Personen zu verzeichnen ist. Die Lage in der Handschuhfabrikation ist unverändert schlecht geblieben. In der Schuhindustrie arbeitet der größte Betrieb nur 5 Tage in der Woche und in anderen Betrieben ist die Beschäftigung gegen die erste Hälfte des Monats ebenfalls nicht gebessert.

In den Anstelltenverufen konnten für das Ostergeschäft zahlreiche Vermittlungen getätigt werden.

In den anderen Berufs- und Gewerbebezügen sind die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt für die Entwicklung in der Berichtszeit nicht von Bedeutung gewesen.

*Die Vorgänge bei den Nationalsozialisten

Es ist selbstverständlich, daß die politische Öffentlichkeit den inneren Vorgängen in einer Partei, die 107 Abgeordnete ins Reichsparlament entsendet, lebhafteste Aufmerksamkeit schenkt. Zumal es sich hier um eine Partei handelt, die gewissermaßen über Nacht zu dieser Stärke emporgewachsen, so daß also noch niemand zu sagen weiß, ob ihre Existenz wirklich politischen Notwendigkeiten entspricht oder nur als eine Zufallserscheinung angesprochen werden muß.

Solange die Partei allerdings im Besitze großer Parlamentsfraktionen bleibt, solange sie auf eine Anhängerzahl von Millionen von Wählern rechnen darf, wird man sie durchaus ernst zu nehmen haben. Und selbst tut die Partei agitatorisch gewiß das Menschenmögliche, um sich die ernste Beachtung aller zu erringen. Die letzte Rotverordnung des Reichspräsidenten gehört sicherlich zu den markantesten, wenn auch für die Partei nicht gerade schmeichelhaftesten Beweise dieser Beachtung.

Zu der Frage, ob sich der Nationalsozialismus auf die Dauer als innerpolitischer Machtfaktor halten wird oder nicht, gestellt sich die andere Frage, welches denn nun eigentlich die Ziele des Nationalsozialismus sind. Bis hierher wurde von der nationalsozialistischen Presse die Berechtigung beider Fragen, vor allem aber der zweiten Frage, heftig bestritten. Und, wenn die Fragesteller gar zu dringlich wurden, bedeutete man ihnen, daß diese oder jene Maßnahme, die absolut nicht begriffen werden konnte, und sich im Widerspruch zu gewissen programmatischen Kundgebungen befand, lediglich als Agitationsmittel einer Partei aufzufassen sei, die ja doch einstweilen eine Verantwortung als regierende Partei nicht zu tragen habe. Wie berechtigt indessen doch die Frage nach den Zielen des Nationalsozialismus ist, das zeigen gerade die jetzigen Vorgänge innerhalb der Partei. Denn diese Vorgänge sind ja nur dann zu verstehen, wenn man sie betrachtet als eine innere Auseinandersetzung um das Programm, um die Ziele.

Ein Brief Hitlers, des Führers der Partei, hat über diese Tatsache jede nur wünschenswerte Klarheit geschafft. In diesem Brief wird der Kampf gegen die Berliner Opposition, der Kampf gegen die Stennes-Gruppe, charakterisiert als ein Kampf um die Entrevolutionisierung und Entsozialisierung der Partei. Hitler betont, daß er streng auf legalen Wege bleiben wolle. In einem anderen Brief erklärt er, daß „angesichts der letzten Rotverordnung die große Gefahr bestehe, daß die Absicht der Gegner, die Bewegung zu illegalen Handlungen hinzureißen, verwirklicht und damit die Möglichkeit zu einer Unterdrückung und Auflösung geliefert werden könnte.“ Gegen solche Versuche will sich Hitler mit aller Entschiedenheit wenden; und deshalb hat er, sowie die Rebellion der Stennes-Gruppe bekannt wurde, rücksichtslos Stennes selbst und alle, die sich mit ihm solidarisch erklärten, aus der Partei ausgeschlossen bzw. diejenigen, die sich etwa noch mit Stennes solidarisch erklären wollten, mit dem Ausschluß aus der Partei bedroht.

Am interessantesten ist und bleibt natürlich die Wendung, daß Hitler die Partei entrevolutionisieren und entsozialisieren wolle. Praktisch würde das bedeuten, daß der Flügel der Partei, der von jeher mit sozialistischen und kommunistischen Ideen liebäugelte und in der revolutionären Tat die Hauptaufgabe der Partei erblickte, hinausgedrängt wird. Daß zumal in Berlin ein gewisser „Austauschverkehr“ zwischen kommunistischer und nationalsozialistischer Anhängern stattgefunden hat, wußte man schon längst. Und es war eine Handlung von symbolischer Bedeutung, daß jüngst der im Reichsgerichtprozess gegen die Ulmer Reichswehrproffiziere verurteilte Leutnant Scheringer, der bisher der nationalsozialistischen Partei angehörte, öffentlich seinen Austritt und seinen Übertritt zum Kommunismus verkündete, mit der Begründung, daß ihm der Nationalsozialismus nicht revolutionär genug sei.

Wir haben in den letzten Monaten zu verschiedenen Malen darauf hingewiesen, wie widerspruchsvoll die nationalsozialistische Politik innerhalb und außerhalb der Parlamente gewesen ist, und wie sehr gerade diese Politik im Reichsparlament dazu beigetragen hat, daß sich andere Parteien, wie das Landvolk, die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei, immer mehr und mehr von dem Gedanken einer etwaigen Korporation mit den Nationalsozialisten abwandten.

Auch der Sturz des Thüringischen Innenministers Dr. Fricke wäre nie Tatsache geworden, wenn der Nationalsozialismus in Thüringen geschickter und — höflicher manövriert hätte. Der Glaube der Nationalsozialisten, ihre Bewegung werde in Wäldern alles, was sich heute noch Wirtschaftspartei und Deutsche Volkspartei nennt, aufsaugen, mag nun begründet sein oder nicht; solange diese Parteien bestehen und mit den Nationalsozialisten in einer Regierungskoalition zusammen sitzen, können sie wohl verlangen, daß sie so behandelt werden, wie es nun einmal unter gesitteten und zivilisierten Menschen üblich ist.

Inwiefern die Affäre Fricke mit der großen inneren Auseinandersetzung um die Taktik und die Ziele der Partei zusammenhängt, das ist schwer zu sagen. Hitler hat ja vor aller Öffentlichkeit seine Thüringische Parteifreunde und damit auch Herrn Fricke selbst gedeckt und die Schuld allein auf die Deutsche Volkspartei geschoben. Aber auch in Thüringen ist es doch so gewesen, daß lediglich eine Überhöhung der Forderungen, eine in ihren Formen überaus rücksichtslose und verbitterte Agitation die Koalition gesprengt und damit eine Machtposition des Nationalsozialismus vernichtet hat. Wer die letzten Kundgebungen Hitlers genau durchliest, wird finden müssen, daß das Verhalten des Thüringischen Nationalsozialismus doch nicht ganz auf der Linie seiner eigenen politischen Bestrebungen liegt.

Soweit sich die Dinge bis heute überblicken lassen, hat in der inneren Auseinandersetzung mit den bolschewistischen Elementen in der Partei Hitler zweifellos gesiegt. Stennes ist allein geblieben auf weiter Flur, und die Zahl seiner offenen Anhänger dürfte nur sehr gering sein. Über die Einzelheiten des Kampfes wird die Öffentlichkeit bald noch mehr erfahren, da Stennes gegen Hitler, Goebbels und noch zwei andere führende Persönlichkeiten aus der Umgebung Hitlers Beleidigungsklagen angestreift hat.

Mit der Niederwerfung der Stennes-Gruppe ist jedoch die Frage, was denn nun programmatisch die Ziele der Partei sind, noch nicht beantwortet. Und ganz zweifellos wird dadurch, daß über diese Ziele so heftig gestritten werden kann, eine große Unruhe in die Bewegung hineinkommen. Auch am Nationalsozialismus des Herrn Hitler wird sich die Wichtigkeit der alten Erkenntnis bewahren, daß eben eine jede große Partei, wenn sie ihre Anhänger halten und auf die Politik des Landes Einfluß erringen will, mit einem ganz klaren und positiv gerichteten Programm hervortreten muß, mit einem Programm, in welchem vor allem zu den wichtigsten Problemen der Zeit, den Problemen wirtschaftlicher und sozialpolitischer Natur, Stellung genommen wird.

Vom Standpunkt einer überlegenen Führung der Reichsgeschichte aus gesehen, könnte man es natürlich nur begrüßen, wenn es Hitler gelänge, seine Partei von den revolutionär und bolschewistisch eingestellten Elementen zu säubern. Das bisherige Verhalten Hitlers zeigt, daß er die Notverordnung des Reichspräsidenten sehr ernst auffaßt und seinerseits gewillt ist, sich nach deren Vorschriften zu richten. Jedenfalls hat er nach dem Erscheinen der Notverordnung einen Erlaß herausgegeben, nach welchem innerhalb der einzelnen Gauen alles vermieden werden soll, was geeignet sein könnte, Konflikte mit den legalen Gewalten heraufzubewahren.

Der lachende Dritte ist einstweilen der Kommunismus. Gaben die Wahlen der letzten Zeit einschließlich der Reichstagswahl schon gezeigt, daß die Sozialdemokratie erhebliche Bruchteile ihrer Wählerschaft an die Kommunisten abgeben mußte, so wird jetzt der Zulauf zum Kommunismus gewiß nicht geringer werden, wenn damit zu rechnen ist, daß soundso viele junge Leute, die bisher dem Nationalsozialismus angehörten, weil sie dort eine Befriedigung ihrer bolschewistischen Wünsche erhofften, nunmehr dieser Partei den Rücken kehren und sich mit Herrn Scheringer dem Kommunismus in die Arme werfen. Die Aufmerksamkeit der öffentlichen Gewalten wird damit ganz von selbst vor allem auf den Kommunismus gelenkt. Und es ist nur zu begreiflich, daß auch in der Presse der dem Reichskanzler nahestehenden Parteien die kommunistische Gefahr zur Zeit als eine besonders drohende Gefahr betrachtet wird.

Stiftung eines Osterreichers. Ein in Berlin ansässiger Osterreicher hat in Anerkennung der geleisteten Arbeit des Reichskabinetts dem Reichskanzler die Summe von 25 000 Reichsmark für Zwecke, deren Förderung Dr. Brüning besonders am Herzen liege, zur Verfügung gestellt.

Uniformverbot im Rheinland. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat folgendes Verbot erlassen: „Auf Grund des § 8 der Notverordnung in Verbindung mit der hierzu erlassenen Ausführungsverordnung des preussischen Innenministers verbiete ich hiermit für die Rheinprovinz bis auf weiteres das Tragen einheitlicher, insbesondere militärischer Parteiuniformen oder Bundeskleidung der NSDAP, ihrer Unter-, Hilfs- und Nebenorganisationen, insbesondere der Sturmabteilungen (SA), der Schutzstaffeln und der Hitler-Jugend.“

Verbot kommunistischer Geldsammlungen in Thüringen. Zur Durchführung des von den Kommunisten beantragten Volksbegehrens auf Auflösung des Thüringischen Landtags, hatte die Landtagsfraktion der Kommunisten um Genehmigung zur Veranstaltung öffentlicher Geldsammlungen nachgesucht. Das Thüringische Innenministerium hat erklärt, es könne diesem Antrag nicht stattgeben, da er nur von der kommunistischen Partei, also einseitig gestellt worden sei. Der Grundsatz, daß öffentliche Sammlungen für politische Zwecke nicht genehmigt werden, sei bisher nur in den Fällen durchbrochen worden, wo die Sammeltätigkeit allen politischen Parteien zugute gekommen sei.

Polnisch-russische Industriellenbesprechungen, die für diese Woche in Moskau anberaumt waren, sind für unbestimmte Zeit verlagert worden.

Die gegenseitige Anerkennung der Reifezeugnisse

Neue Vereinbarungen der Länder

Unter Aufhebung der bisher geschlossenen Vereinbarungen der Länder über die gegenseitige Anerkennung der Reifezeugnisse der Höheren Schulen ist, wie die „Germania“ berichtet, ein neues Abkommen abgeschlossen worden, das sich bezieht auf Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, deutsche Oberschulen und Oberlyzeen.

Die Vereinbarung, die im wesentlichen die bisher schon geltenden Bestimmungen aufrechterhält und zusammenfaßt, spricht aus, daß das Reifezeugnis, das ein Angehöriger des Deutschen Reiches in einem deutschen Lande erworben hat, in einem anderen Lande alle Berechtigungen gewährt, die in beiden Ländern übereinstimmend mit dem Reifezeugnis der Schulgattung verbunden sind. Werden in den Ländern für den Berechtigungsanspruch verschiedene Forderungen gestellt, so ist die Gewährung der weitergehenden Berechtigung von der Entscheidung der Regierung des Landes abhängig, in dem das Reifezeugnis als Berechtigungsanspruch vorgelegt wird.

Außerdem ist eine Vereinbarung der Länder über die sog. mittlere Reife getroffen worden. Das Zeugnis der mittleren Reife wird in diesem Abkommen als Vorbedingung für den Eintritt in Berufe oder Berufsaufbahnen der mittleren Stufe des Berufsaufbaues betrachtet. Für den Erwerb der mittleren Reife wird im allgemeinen ein mindestens zehnjähriger Gesamtschulbesuch vorgeschrieben, der eine mindestens der preussischen Mittelschule entsprechende allgemeine Bildung verbürgt. Privaten Schulen, die den an gleichartigen öffentlichen Schulen gestellten Anforderungen entsprechen, kann ebenfalls das Recht zur Ausstellung des Zeugnisses der mittleren Reife verliehen werden.

Thüringer Koalitionsverhandlungen im Gange

Weimar, 8. April. (Tel.) Die Verhandlungen zwischen dem Landtagspräsidenten und den Regierungsparteien über die Ergänzung des Kabinetts sind, wie wir erfahren, bereits heute in Weimar aufgenommen worden.

Deutschland fordert Offenlegung des Rüstungsstandes

Das Rüstungssekretariat hat am Dienstag einen Brief der deutschen Regierung veröffentlicht, der sich mit der Offenlegung des Rüstungsstandes für die Abrüstungskonferenz beschäftigt. Die deutsche Regierung hält es für erforderlich, daß diese Frage auf die Tagesordnung der nächsten Ratstagung gesetzt wird, damit Vorkehrungen getroffen werden, daß die Rüstungsangaben der einzelnen Regierung nach einem einheitlichen Muster erfolgen. Nur so sei es, heißt es in dem Briefe der deutschen Regierung, möglich, die Überprüfungen der verschiedenen Länder miteinander zu vergleichen und den Vergleichenden, die sich aus diesem Vergleich ergeben, auf der Abrüstungskonferenz Rechnung zu tragen.

Die Untersuchung gegen die Wiener Attentäter

Wien, 8. April. (Priv.-Tel.) Die Wiener Presse meldet, daß sich die gerichtliche Untersuchung wegen des Attentats auf König Zogu von Albanien gegen 7 albanische Staatsbürger richtet. Unter diesen sind 2 ehemalige albanische Minister. Da auch Ermittlungen auf diplomatischem Wege notwendig sein werden, die Untersuchung demnach mindestens 2 Monate beanspruchen dürfte, kann der Prozeß nicht vor Mitte Juni erwartet werden.

Der Militäraufstand auf Madeira

Die Militärbehörden von Madeira teilten dem Vertreter des neuterischen Büros mit, daß die dortige militärische Junta mit der Bildung der gesamten Bevölkerung ihre Reserven mobilisierte, da die Möglichkeit bestehe, daß die Lissaboner Regierung versuchen werde, die Bewegung zu unterdrücken. Drei portugiesische Dampfer seien beschlagnahmt worden, um die Lebensmittelversorgung für die 200 000 Einwohner sicherzustellen. Sämtliche örtlichen Behörden seien durch andere ersetzt und der Zivilgouverneur sei abgesetzt worden. Das Ziel der Bewegung sei die Wiederherstellung der öffentlichen Freiheit.

Türkisch-persische Spannung?

London, 8. April. (Tel.) „Times“ berichtet aus Konstantinopel, daß Persien sich bereit erklärt habe, der Türkei den Kleinen Karat abzutreten, aber als Ersatz dafür einen großen Gebietsstreifen weiter südlich verlangen, den die Türkei nicht hergeben wolle. In den türkisch-persischen Beziehungen sei infolgedessen wieder eine Spannung eingetreten.

Bürgermeisterwahlen in Chicago

Chicago, 8. April. (Tel.) Bei den gestrigen Bürgermeisterwahlen, bei denen sich der bisherige Bürgermeister Thompson (Republikaner) und der Kandidat der Demokraten, Cermat, gegenüberstanden, ist Thompson unterlegen.

65jähriges Militärjubiläum des Reichspräsidenten. Reichspräsident von Hindenburg konnte am Dienstag den Tag seines 65jährigen Militärjubiläums feiern. Aus diesem Anlaß sind ihm zahlreiche Glückwünsche zugegangen.

Anklage gegen Selbte und Dillenberg. Der Generalstaatsanwalt beim Landgericht 1 in Berlin hat, dem „Berl. Volk.“ zufolge, gegen die Vorsitzenden des Stahlhelms, Selbte und Dillenberg, wegen eines Auftrufs, den die Zeitung „Der Stahlhelm“ am 18. Januar 1931 veröffentlichte, Anklage auf Grund des § 5 Abs. 1 des Republikstrafgesetzes erhoben.

André Michelin 7. Der bekannte französische Industrielle André-Jules Michelin, Mitinhaber der Kautschuk- und Pneumatikfabrik gleichen Namens — die bekanntlich gegenwärtig in Karlsruhe eine Fabrik baut —, ist im Alter von 79 Jahren in Paris gestorben. Zusammen mit seinem Bruder Edouard hatte er 1882 in Clermont-Ferrand sein Unternehmen gegründet, das heute sozusagen eine Monopolstellung am französischen Markt einnimmt. Michelin war der erste, der von 1888 an Gummireifen, zunächst für Fahrräder, produzierte. Er war daneben ein eifriger Förderer des Automobils und des Flugzeugs. Nach dem Kriege hat sich Michelin insbesondere durch seine Propaganda gegen den Gaskrieg hervorgetan.

Arbeiterausperrungen in Norwegen. Die Bemühungen, einen großen Arbeitskonflikt in Norwegen zu verhüten, sind fehlgeschlagen. Von heute, Mittwoch, abend an wird die Arbeit in einer großen Reihe von Industrien, darunter Eisen-, Maschinenbau-, Bergwerks-, Textil- und Bauindustrie sowie in den Druckereien der Provinzialblätter eingestellt werden. Insgesamt werden 43 000 Arbeiter betroffen. Den Grund der Arbeitseinstellung bildet der Konflikt in der Lohnfrage. Die Arbeitgeber haben angekündigt, daß sie vom 15. April an auch in anderen Industrien die Betriebe stilllegen werden; davon werden weitere 25 000 Mann betroffen.

Die englische Einladung

Schon vor Bekanntwerden der Sollunion beschlossen

London, 8. April. (Tel.) „Daily Telegraph“ schreibt: Die Einladung, die Macdonald und Henderson an den deutschen Reichskanzler und den Außenminister gerichtet haben, hat rein persönlichen Charakter. Der Premierminister und der Staatssekretär des Äußeren haben in London Konferenzen mit den führenden europäischen Staatsmännern, Grandi und Briand, gehabt, hatten aber bisher noch keine Gelegenheit zu einer ähnlichen Zusammenkunft mit Dr. Brüning und Dr. Curtius. Sie wünschen, in informeller Weise mit ihnen zusammenzutreffen, um das Abrüstungsproblem und andere schwelende Fragen zu erörtern. Die Einladung war lange vor Bekanntwerden des Planes einer deutsch-österreichischen Sollunion beschlossen worden. Es trifft nicht zu, daß Briand und Grandi gleichzeitig nach London eingeladen werden sollten. Dafür soll eine andere Gelegenheit, die jetzt in Frage gestellte Unterzeichnung der englisch-französisch-italienischen Flottenvereinbarung, in London ausseren werden.

Berliner Pressestimmen

Das „Berl. Tagebl.“ weist daraufhin, daß ein Gedankenaustausch in einem zwangloseren Rahmen, als dies in Genf möglich sei, zustande kommen werde; auch sei es noch immer möglich, bis dahin eine Verständigung zwischen London, Paris und Berlin herbeizuführen. — Die „Voss. Zig.“ schreibt, es sei leichtsinnig, allzu große Hoffnungen auf die Besprechungen zu setzen. — Die „Kreuzzeitg.“ begrüßt die Gelegenheit, außerhalb von Genf die schwelenden europäischen Probleme zu besprechen. Der Besuch könne erfreuliche Wirkungen auslösen, wenn sich die deutschen Staatsmänner nicht einwickeln ließen und wenn England wirklich als ehelicher Mäxler auftreten werde.

Weitere französische Stimmen

Paris, 8. April. (Tel.) Die französische Presse kommentiert weiter die bevorstehende Begegnung von Queux, Borbely und dem englischen Außenminister. — Die „Populaire“ lobt die englische Regierung wegen des Besuchs, eine Änderung der traditionellen Methoden der Diplomatie herbeizuführen.

„Grellier“ glaubt nicht, daß Frankreich ausgeschaltet werden soll und warnt vor Nervosität. Frankreich habe keinen Grund, an der solidarischen Haltung Englands zu zweifeln. — „La République“ erklärt, Briand sehe lieber, daß der Völkerbund sich mit der deutsch-österreichischen Angelegenheit befasse. — „Avenir“ lehnt eine Vermittlerrolle Henderson ab. Ein Vermittler müsse unparteiisch sein. Henderson sei das weder in der Flottenfrage, noch in der französisch-deutsch-österreichischen Konfliktsfrage. — „Figaro“ äußert die Befürchtung, das deutsch-österreichische Zollabkommen werde in Queux Billigung finden. — „Echo de Paris“ schreibt: Ob die Begegnung zu gemein oder zu viert stattfindet, Hendersons Einladung sei auf jeden Fall absurd. Eine Verständigung über die Abrüstung zu Lande würde doch nicht zustandekommen können, es sei denn, die Engländer kapitulierten völlig vor Brüning und Curtius.

Reichsverkehrsminister v. Guérard in Rom

Rom, 8. April. (Priv.-Tel.) Reichsverkehrsminister v. Guérard wird morgen mit dem vor zwei Monaten eingerichteten Keapel-Berlin-Express von Rom aus die Rückreise antreten. Das Interesse an der direkten Luftverbindung Berlin-Rom ist in der italienischen Hauptstadt sehr groß. Die deutschen Gäste sind dementsprechend anlässlich der Eröffnung dieser Linie von den italienischen Behörden besonders herzlich behandelt worden. So brachte der Dienstag dem Reichsverkehrsminister, der der vom Papst zelebrierten Frühmesse in der Sixtinischen Kapelle beiwohnte, einen wohlgelegenen Flug vom römischen Seeflughafen Ostia nach Neapel, wo er in Begleitung des deutschen Vizekonsuls und Frau v. Schubert Gast des Flugkommandanten von Neapel war. Die Privataudienz des Reichsverkehrsministers am Dienstag war ein weiterer Höhepunkt. Der italienische Verkehrsminister hatte für Dienstag die deutschen Gäste zu einem Frühstück in die berühmte Villa d'Este in Livorno eingeladen. Den Dienstag verbrachte v. Guérard auf Wunsch der deutschen Kolonie in deren Kreisen. Heute abend wird der deutsche Vizekonsul beim Quirinal, Dr. v. Schubert, zu Ehren des Reichsverkehrsministers ein großes Diner geben, zu dem 40 Gäste geladen sind.

Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich

Paris, 8. April. (Tel.) „Echo de Paris“ spricht von den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen am 13. Mai. Ein Mitarbeiter des Blattes will von Briand die Erklärung erhalten haben, daß er nicht kandidieren werde. Von den Kandidaten stünden in erster Reihe die Senatoren Lebrun, Berard und der Senatspräsident Doumer. Der andere Mitarbeiter des Blattes will wissen, Poincaré werde in erster Linie die Kandidatur von Lebrun unterstützen, jedoch, wenn Senator Berard im Verlaufe des Wahldrages sich als aussichtsreichster Kandidat herausstellen sollte, diesem seine Stimme geben.

Politische Mordtat in Paris

Paris, 8. April. (Tel.) In Paris wurde gestern ein in Lille wohnhafter Russe tot aufgefunden. Die näheren Nachforschungen führten zur Entdeckung einer Art Gaskenmaschine und zahlreicher Schriften und Druckfaden in russischer und deutscher Sprache. Man versucht, die Angelegenheit aufzuklären. U. a. wird behauptet, daß sie in irgendeinem Zusammenhang mit der Affäre Kutzepoff steht.

Kleine Chronik

Der wegen verdächtigter Spionage zur Vernehmung nach Posen gebrachte polnische Sergeant Krul lief unterwegs auf die Bahngleise und zog seinen Begleiter Stepaniwicz mit sich. In diesem Augenblick brauste der Posenener Zug heran und überfuhr beide Personen. Die Leichen wurden bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.

Bei Tscheljabinsk ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück, bei dem 10 Personen den Tod fanden. 51 Personen wurden verletzt.

In Palästina wurden auf eine Gesellschaft von 11 Juden, die nach Haifa zurückkehrten, von unbekanntem Täter mehrere Schüsse abgegeben. Zwei Männer und eine Frau wurden getötet, vier weitere Personen verletzt. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Nach einer Meldung der „Times“ sind in Managua bisher 975 Todesopfer des Erdbebens beklagt worden. Am Montag wurden aus den Trümmern eines Hauses zwei kleine Knaben noch lebend herbeigezogen. Sie waren eine volle Woche lebendig geblieben, und man befürchtet, daß sie infolge der ausgestandenen Schrecken den Verstand verloren haben.

Badischer Teil

Die badischen Sparkassen im Februar

Im Laufe des Monats Februar 1931 ist der Gesamteinlagenbestand bei den badischen öffentlichen Sparkassen um 13 Millionen Reichsmark von 632,4 Millionen Reichsmark auf 645,4 Millionen Reichsmark gestiegen. Die Einzahlungen an Reichsmarkspareinlagen betragen 16,5 Millionen Reichsmark; ihnen stehen 14,6 Millionen Reichsmark Rückzahlungen gegenüber, so daß sich hieraus eine Nettozunahme der Reichsmarkspareinlagen von 1,9 Millionen Reichsmark ergibt.

Die kapitalisierten Zinsen belaufen sich im Berichtsmontat auf 9,1 Millionen Reichsmark. Durch weitere Einbeziehung von Aufwertungsparreinenlagen in die Statistik ist bei diesen eine Vermehrung um 0,2 Millionen Reichsmark eingetreten, während sich hier die kapitalisierten Zinsen durch vorzeitige Rückzahlung von Aufwertungsparreinenlagen ausgleichen. Die Sparkassen (Reichsmark- und Aufwertungsparreinenlagen) vermehrten sich somit um 11,2 Millionen Reichsmark und haben nunmehr einen Bestand von 581,1 Millionen Reichsmark erreicht.

Bei den Depositionen, Giro-, Scheck- und Kontokorrenteinlagen ist ebenfalls wieder ein Anwachsen zu beobachten; sie vermehrten sich im Berichtsmontat von 62,5 Millionen Reichsmark auf 64,3 Millionen Reichsmark, also um 1,8 Millionen Reichsmark.

Vor dem Baubeginn der Rheinbrücke Koblenz-Waldshut

Mit dem Bau der eigentlichen Brücke wird in zwei Monaten begonnen werden. Die Bauarbeiten sind nunmehr öffentlich ausgeschrieben, und zwar für die Rheinbrücke mit 3 Öffnungen von je 37,55 und 37 Meter Spannweite, mit den entsprechenden Uferbefestigungsbauten. Das Gewicht des eisernen Überbaus ist mit 420 Tonnen berechnet.

Kampfsprache des Pfarrers Eder

Pfarrer Dr. Eder erläßt an seine Freunde und Anhänger eine Erklärung, in der es heißt: „Die Veröffentlichung des Urteils des kirchlichen Verwaltungsgerichts ist erfolgt, bevor ich es selbst in Händen hatte. Das eine steht jetzt schon fest, daß es nun zum Entscheidungskampf innerhalb der Kirche geht. Wir werden keinen Millimeter zurückweichen, wir sind im Recht, daran kann auch keine formal-juristische Korrektheit etwas ändern. Macht euch bereit, sorgd dafür, daß die Zahl der hinter uns Stehenden noch größer wird. Der Präsident, die Oberkirchenbehörde will den Kampf — sie soll ihn haben —, sie soll ihn haben bis zum bittersten Ende.“

Anweisung zur Obstbaumspritzung

Die Hauptstelle für Pflanzenschutz am Badischen Weinbauinstitut gibt folgendes bekannt: Mit der Winterspritzung der Obstbäume ist aufzuhören, sobald die Knospen zu schwellen beginnen. Zu einer wirksamen Bekämpfung der Krankheiten und Schädlings an Kern- und Steinobst genügt die Winterspritzung nicht. Der Hauptwert liegt vielmehr bei den Frühlings- und Sommerspritzungen, die sachgemäß durchgeführt werden müssen. Apfelbäume spritzt man, wenn mit Knospenschwellen- und Frostspannerarbeiten zu rechnen ist, schon vor der Blüte. Gleich nach dem Abfallen der Blütenblätter folgt bei Äpfeln und Birnen eine weitere Spritzung, und zwei bis drei Wochen nach dieser muß noch einmal gespritzt werden. Röschen werden während des Knospenschwellens gespritzt, wenn Frostspanner oder Röschenblütenmotte auftreten. Eine weitere Spritzung folgt gleich nach dem Abfallen der Blütenblätter gegen die Schorfkrankheit und späten Frostspannerfraß. Zwetschgen, Pflaumen und Mirabellen sind im allgemeinen gleich nach der Blüte zu spritzen. Die Spritzung wird nach 8-10 Tagen wiederholt. Als Spritzmittel verwendet man Brühen, die gleichzeitig gegen Blattläuse und Insekten wirksam sind. Nähere Auskünfte erteilt die Hauptstelle für Pflanzenschutz am Badischen Weinbauinstitut (Freiburg i. Br.). Reife für die Obstbaumspritzung mit Spritzständer und Anleitung zur Herstellung der Brühen sind von dort gegen Einsendung von 10 Pf. zu beziehen.

Die Bezugspflicht der Genossenschaftsmitglieder

Vom Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Baden e. V., Karlsruhe, geht uns folgende Mitteilung mit der Bitte um Aufnahme zu: In der letzten Woche ging durch die badische Presse eine Notiz über eine Verhandlung zwischen der Landesvertretung des freien Handels und der Badischen landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft e. G. m. b. H. in Karlsruhe, die den wirtlichen Sachverhalt nicht richtig wiedergibt. Wichtig ist, daß vor kurzem die Handelskammer Karlsruhe bei der Badischen landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft e. G. m. b. H. in Karlsruhe um eine Vespredung nachgesucht hat, die auch bereitwillig gewährt wurde. Bei dieser Vespredung hat die Badische landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft den Vertretern der Handelskammer Karlsruhe gegenüber erklärt, daß die Mitglieder der Landwirtschaftlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaften verpflichtet wären, ihre Bedarfsartikel bei ihrer Genossenschaft zu beziehen, und daß es auch selbstverständlich sei, daß die einzelnen Genossenschaften und auch die Badische landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft auf Erfüllung dieser Pflicht bestehen müßten, und daß daran absolut keine Änderung eintreten könne, zumal ja auch die Genossenschaften die Aufgabe hätten, den Absatz der Erzeugnisse ihrer Mitglieder durchzuführen. Diesen Standpunkt haben auch die Vertreter der Handelskammer Karlsruhe ohne weiteres als richtig anerkannt.

Im Bad. Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 19 wird auf Grund des Artikels 2 Absatz 6 des Gesetzes vom 13. Februar 1931 über die Änderung des Beamtengesetzes der Wortlaut des Beamtengesetzes in der vom 1. April 1931 an gültigen Fassung als Beamtengesetz bekanntgemacht.

Hundertjahrfeier städtischer Dienststellen. Am 31. März konnten die Heidelberger Sparkasse, das Rathaus und der Stadtpark in Heidelberg auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblicken.

Der Bürgerausschuß Donaueschingen lehnte die Einführung der Gemeindegründungssteuer, durch welche ein Teil des Defizits gedeckt werden sollte, ab, ebenfalls die Biersteuer. In der Hauptfrage stimmten gegen die Einführung dieser Steuern die Sozialdemokraten und die Nationalsozialisten. Auch die Forderung der übrigen Parteien war nicht einheitlich. Der Bürgerausschuß nahm die Herabsetzung der Bäderpreise im Stadt. Irma-Bad an und genehmigte ferner den teilweisen Ausbau der Ausleideräume für Männer im Stadt. Strandbad mit einem Betrag von 5000 RM. Vorgezogen ist schließlich noch die Vornahme einer neuen Vermessung der Gemarkungsgrenzen der Stadt mit einem Kostenaufwand von 6000 bis 7000 Reichsmark.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Wahlkreis (Amt Stodach) wurde bei einer Wahlbeteiligung von 79 Proz. der Wahlberechtigten Bürgermeister Ellensohn mit 291 Stimmen zum zweitenmal fast einstimmig wiedergewählt. — In Bühlertal wurde bei der am Dienstag wiederholten Bürgermeisterwahl der Kandidat der Nationalsozialistischen Partei, Karl Janth, mit 89 von insgesamt 71 Stimmen zum Bürgermeister gewählt.

Städtische Sparkasse Mannheim 1930. Im Jahre 1930 wurden bei der Stadt. Sparkasse bei der Sparabteilung 192 456 Einlagen über 36 849 993 RM und 121 652 Rückzahlungen über 30 198 695 RM getätigt. Der Überschuß der Einlagen beträgt 6651 Mill. Reichsmark.

Das Mannheimer Säuglingsheim. Das größte und modernste Säuglingsheim Badens wird nach Fertigstellung seiner Bestimmung übergeben. Das Mutter- und Säuglingsheim, das Raum für 102 Säuglinge und 18 Mütter bietet, wurde mit einem Kostenaufwand von 1 700 000 RM durch die Stadt Mannheim unter Leitung von Oberbaudirektor Bizer errichtet und ist eines der wenigen derartigen Heime in Deutschland. Vor allem sollen in dem Heim Säuglinge (bis zu einem Jahr) von Müttern untergebracht werden, die sich in sozialbedingten Verhältnissen befinden. Die Oberleitung hat Prof. Dr. Franke.

Wechsel im Heidelberger Stadtrat. In einem Schreiben an den Stadtrat Heidelberg hat der sozialdemokratische Stadtrat Emil Maier erklärt, daß er aus gesundheitlichen Gründen seine Zustimmung zu seinem Mandat niederzulegen. Sein Nachfolger ist der Direktor der Ortskrankenkasse, Christian Stod, der früher bereits dem Stadtrat angehört hat, aber bei der letzten Wahl nicht mehr in dieses Gremium hineinkam. Emil Maier steht im 55. Lebensjahre und stammt aus einem Dorfe bei Rottweil. Als einer der ersten der Sozialdemokratischen Partei zog er in den Heidelberger Bürgerausschuß und in den Stadtrat ein, dem er seit 1912 mit Unterbrechung in der Kriegszeit bis zum heutigen Tage angehört hat. Auch im Badischen Landtag ist er seit langer Zeit ein führender Vertreter seiner Partei. Im Mai 1919 hatte ihn das badische Staatsministerium die Stelle eines Landeskommissärs in Mannheim angeboten. Maier lehnte ab, da er sich von Heidelberg, das ihm zur zweiten Heimat wurde, nicht trennen wollte. Der Stadtrat übertrug ihm 1919 die Brennstoffverteilung der Stadt Heidelberg. Er gehörte auch längere Jahre dem Aufsichtsrat der Heidelberger Straßenbahn an. Nun wird er in Bad Mergentheim Heilung von seiner Krankheit suchen. Sein Nachfolger Christian Stod ist ein gebürtiger Darmstädter und 46 Jahre alt. Nach dem Kriege wurde er in die Weimarer Nationalversammlung gewählt. Als nach dem Abgang Kossels Dr. Gehler Reichswehrminister wurde, trat Christian Stod als Unterstaatssekretär in das Reichswehrministerium ein. Unter seiner Aufsicht wurde das Untersuchungsamt für die Märzvorgänge 1920 (Rapp-Putsch) eingerichtet. Seit 9 Jahren ist Stod Direktor der Heidelberger Ortskrankenkasse.

Bezirksparke Gernsbach. Die heute im Anzeigenteil zur Veröffentlichung gelangende Bilanz für 1930 weist unter Berücksichtigung der im vorderen Murgtal besonders schlechten Wirtschaftslage immer noch eine befriedigende Aufwärtsentwicklung nach. Die Zunahme der Sparer um 617 ist das deutliche Symptom dafür, daß der Spargroschen jetzt in diesen schlechten Zeiten erst so recht seine große volkswirtschaftliche Bedeutung erhält. So haben die reinen Spareinlagen im Jahre 1930 bei der Gernsbacher Sparkasse eine Vermehrung um 516 000 RM erfahren und damit die Höhe von 5,35 Millionen Reichsmark erreicht. Auch die Giroeinlagen haben sich um 0,8 Mill. auf 0,87 Mill. Reichsmark erhöht; die Bilanzsumme beträgt Ende 1930 7,821 Mill. Reichsmark. Der gesetzliche Reservefonds ist in voller Höhe mit 311 260 RM vorhanden und darüber hinaus noch eine Sonderrücklage geschaffen.

Der Bürgerausschuß Säckingen bewilligte in namentlicher Abstimmung mit allen anwesenden Stimmen und nach längerer Diskussion, daß die vom Konsortium Dr. Gadelberger übernommene Bandfabrik einen Nachlaß an rückständigen Steuern in Höhe von 21 000 RM und von rund 9000 RM laufenden Steuern erhalten soll. Die rückständigen Steuern gehen bis auf das Jahr 1925 zurück. Ferner bewilligte er den Verzicht der Gemeinde auf die einmalige Grunderwerbsteuer für alle der alten Bandfabrik gehörenden Gebäude und Grundstücke. Diese Nachlässe sind unabhängig von den besonderen Steuererleichterungen, die für das Fortbestehen der Bandfabrik und die Beschäftigung von circa 200 Arbeitern bei der Übernahme der Badler Liegenschaften durch das neue Konsortium gewährt werden müssen. Eine weitere Vorlage auf Deduktion von Steuerausfällen in Höhe von 10 737 RM wurde ebenfalls angenommen, davon entfallen 5137 RM auf die Bandfabrik und 5600 RM auf die Textilveredelungs-Aktiengesellschaft in Baden.

Der Bürgerausschuß Waldshut nahm in namentlicher Abstimmung mit 42 gegen 12 Stimmen den neuen Stromprestarif an. Der neue Tarif setzt sich zusammen aus dem Staffeltarif für Licht und Kraft, aus einem Wohnungs- oder Blocktarif, der eine Art Verbettarif zur Erzielung eines größeren Stromverbrauchs in den Haushaltungen und kleinen Gewerbebetrieben darstellt, aus einem Melkmetarif für die Geschäfte, einem neuen Ersatztariff und einem Tarif für die Großabnehmer. Ferner stimmte der Bürgerausschuß einstimmig einer neuen Festsetzung der Gebühr für die von der Stadt erstellten Zähler zu. Er beschloß, daß das im Stadtmal angefallene Winkfallholz als außerordentlicher Holztrieb anzusehen sei, und daß der Erlös zur Instandsetzung von Straßen und zu Kanalisationsarbeiten verwendet werden soll. Die Verteilung des Defizits von 21 000 RM auf drei laufende Jahre und von Krediten für außerordentliche Zuwendungen wurde zugestimmt.

Die Singener Polizei wird verstaatlicht. Die vom Ministerium des Innern abgebrochenen Verhandlungen über die Verstaatlichung der Polizei in Singen sind jetzt wieder aufgenommen worden. Wie der Bürgermeister in Gemeinderat mitteilte, nehmen sie einen so günstigen Fortgang, daß mit der Verstaatlichung der Singener Ortspolizei in aller nächster Zeit bestimmt gerechnet werden kann. — Die Zahl der Erwerbslosen beträgt in Singen zur Zeit 721 gegenüber 816 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Davon sind 447 Arbeitslose, 147 Krisenunterstützte und 127 Wohlfahrtsunterstützte.

9 Kandidaten zur Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl. Nach dem Ausschreiben des Bürgermeistersamt Stuttgart vom 13. März läuft heute, Mittwoch, der Termin für die Bewerbung um die Stelle des Oberbürgermeisters ab. Wie das Stadt. Nachrichtenamt mitteilt, sind bis jetzt 9 Bewerbungen eingegangen, und zwar von 1. Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager (Stuttgart), 2. Hauptmann a. D. Stadtamtmann Dr. Strölin beim Stadt. Gaswerk in Stuttgart (Kandidat der Nationalsozialisten); 3. Stadtrat Dr. Boehme (Chemnitz); 4. Weigeordner Dr. Hamm (Gießen); 5. Weigeordner Dr. Horn (Oranienburg); 6. Dipl.-Kaufmann Larisch (Breslau); 7. Dipl.-Ingenieur Sabinsky (Chemnitz); 8. Wirtschaftsjahrständiger Roer (Koblenz); 9. Stadtrat Fried. Weisgen. Von dem kommunizistischen Reichstagsabgeordneten Torgler (Berlin), der von den Stuttgarter Kommunisten aufgestellt wurde, ist eine Bewerbung noch nicht eingegangen. Die Wahl findet am Sonntag, 26. April, statt.

Aus der Landeshauptstadt

Sommerveranstaltungen in Rappnau. Im Karlsruhe Rheinstrandbad Rappnau, dessen sportliche Anlagen verschiedentlich erweitert und neuerlich verbessert worden sind, wird der Sommer eine große Zahl von Sportveranstaltungen aller Art und Herkunft beherbergen. Zunächst ist für den 21. Juni ein Staffellauf der Karlsruher Sportvereine „Karlsruhe-Rappnau“ (nach dem Muster des Staffellaufs Berlin-Rosdam) geplant. Neben den üblichen schwimm- und wassersportlichen Veranstaltungen dürfte der Ringensport in diesem Jahre eine vermehrte Bedeutung erfahren, nachdem bekannt geworden ist, daß anfangs September das große Ringensportturnier um die Deutscher Meisterschaft im Karlsruher Rheinstrandbad ausgetragen werden wird. Ferner ist in Aussicht genommen, während der Badezeit im Rheinstrandbad einen Omnibusverkehr zwischen Stadt und dem Rheinstrand Rappnau einzurichten.

Karlsruhe als Festort. In Vespredungen zwischen dem Verkehrsverein Karlsruhe und den Organisationen im Karlsruher Turngau ist man sich darüber einig geworden, daß sich die Landeshauptstadt um das Landesturnen 1934 bewirbt. Es konnte bereits zugesagt werden, daß der Flugplatz als Festwiese zur Verfügung steht und es ist außerdem auf eine weitgehende Unterstützung seitens der Stadt zu rechnen.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom heute morgen: Das über Nord- und Mitteleuropa einströmende Zwischenhoch behauptet noch seinen Einfluß auf unsere Witterung. Von Norden her ist infolgedessen bei uns Aufsteigerung eingetreten. Die westlich England erscheinende atlantische Zirkone zieht nach Norden ab. Voraussage: Fortdauer der heiseren und trockenen Witterung. In der Ebene leichte Bodenfröste.

Wasserstände: Waldshut 312 plus 4, Basel 124 plus 6, Schusterinsel 183 plus 3, Rehl 324 minus 1, Ragau 516 minus 4, Mannheim 440 minus 9, Caub über 200 Zentimeter.

Handel und Wirtschaft

Der Aktienindex. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924/26 = 100) stellt sich für die Woche vom 30. März bis 4. April 1931 auf 92,8 gegenüber 91,8 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 89,1 (87,3), Gruppe verarbeitende Industrie auf 82,3 (81,5) und Gruppe Handel und Verkehr auf 114,5 (113,6). Für den Durchschnitt des Monats März 1931 ist der Index mit 91,1 gegenüber 85,6 im Durchschnitt Februar 1931 ermittelt und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie 86,3 (79,0), Gruppe verarbeitende Industrie 81,0 (75,6) und Gruppe Handel und Verkehr 113,0 (108,7).

Mannheimer Hafenverkehr im März

Der Wasserstand des Rheines bewegte sich nach dem Mannheimer Regel zwischen 593 Zentimeter und 376 Zentimeter und der des Neckars zwischen 585 Zentimeter und 377 Zentimeter und gestattete auch in diesem Monat volle Abladung bis Rehl, Straßburg. Die Schifffahrt konnte aber die günstigen Wasserverhältnisse mangels Frachten nicht ausnützen. Es liegen außerordentlich viel Röhne still. In Mannheim allein sind 85 Röhne stillgelegt.

Der Gesamtumschlag betrug 360 255 Tonnen (im Vorjahr 403 400 Tonnen), gegenüber dem Vormonat mehr 51 381 Tonnen.

Davon entfallen auf den Rhein: In der Ankunft 230 Güterboote und 573 Schleppfähne mit 285 481 Tonnen; im Abgang 233 Güterboote und 511 Schleppfähne mit 63 424 Tonnen;

auf den Neckar: In der Ankunft 3 Güterboote und 67 Schleppfähne mit 15 234 Tonnen; im Abgang 4 Güterboote und 67 Schleppfähne mit 5110 Tonnen.

Auf den Handelshafen entfallen in der Ankunft 160 113 Tonnen, im Abgang 52 050 Tonnen; auf den Industriefhafen entfallen in der Ankunft 59 543 Tonnen, im Abgang 7449 Tonnen;

auf den Rheinaufhafen entfallen in der Ankunft 81 059 Tonnen, im Abgang 9041 Tonnen.

Der in obigen Zahlen enthaltene Umschlag von Hauptschiffen zu Hauptschiffen betrug 42 618 Tonnen.

Von den wichtigsten Güterarten entfallen auf Kohlen 137 113 Tonnen, Getreide 47 581 Tonnen, Holz 4208 Tonnen, Kies und Sand 11 985 Tonnen, Salz 28 403 Tonnen, Mehl 10 078 Tonnen, Benzin und Erdöl 21 799 Tonnen, Wein- und Obst 14 045 Tonnen.

Auf dem Neckar sind 19 direkte Schleppzüge zu Berg abgegangen. An Güterwagen wurden während des Berichtsmontats gestellt: im Handelshafen 11 939 Wagen, im Industriefhafen 7960 Wagen, im Rheinaufhafen 10 820 Wagen.

Badische Baumwollspinnerei und Weberei AG., Neureb. Die Gesellschaft hat bekanntlich im Vorjahr ihr Aktienkapital von 533 000 RM. auf 11 060 RM. zusammengelegt und auf 550 000 RM. wieder erhöht. Der per 31. Dezember 1929 ausgewiesene Verlust von 535 093 RM. zuzüglich 8359 RM. Sanierungskosten wurde bis auf 1523 RM. beseitigt. Das am 31. Dezember 1930 abgelaufene Geschäftsjahr erbrachte bei 872 027 (453 170) RM. Fabrikationsüberschuß und 1 044 004 (851 818) RM. Betriebskosten erneut einen Verlust von 171 977 RM., der sich durch den Vortrag auf 173 498 RM. erhöht. Aus der Bilanz: Immobilien, Einrichtungen 997 230 (1 023 810) Waren- und Materialvorräte, Debitoren, Kasse, Postcheck in einem Betrag ausgewiesen: 537 719 (i. V. Kasse Postcheck 10 738, Vorräte 468 909, Debitoren 77 517), andererseits Obligationen, Kreditoren, Banken 1 157 403 (i. V. Obligationen, Kreditoren 1 007 135, Banken 563 876) RM. Die Gesellschaft steht ausländischen (elsässischen) Firmen nahe.

Wirtschaftliche Auswirkungen der Grenzlandfrage. Die Handelskammer Laß hat sich erneut mit den Auswirkungen der Grenzlandfrage auf die wirtschaftlichen Verhältnisse ihres Kammerbezirks befaßt und dabei festgestellt, daß 24 Industrie- und Großhandelsfirmen des Bezirks im Laufe der letzten vier Jahre mit zunehmender Verschärfung unter den grenzlandischen Bedingungen zu leiden hatten. Es handelt sich um Unternehmungen, die vor dem Kriege einen großen Teil ihres Absatzes in Elsaß-Lothringen und im Saargebiet gehabt hatten. Von den 24 Firmen haben 10 den Betrieb aufgelöst, eingestellt oder sind überhaupt eingegangen, 12 haben ihren Betrieb wesentlich eingeschränkt, während zwei am Erliegen sind. Insgesamt beschäftigten diese Firmen im Jahre 1913 1694 Arbeiter, heute nur noch 467 Arbeiter.

Die Spareinlagen im Reich. Ende Februar betrug der Bestand der Spareinlagen im Reich 10 938,8 Mill. Bei 624,5 Einzahlungen, wovon 74,5 auf Zinsgutschriften und 8,7 auf Aufwertung entfallen und 453,0 Auszahlungen ergibt sich für Februar ein Zugang von 171,5 gegen 343 im Januar und 189,2 Mill. im Februar v. J. Der Nettuzugang beträgt 88,3 gegen 115 im Vormonat und 113,0 im Februar 1930. Depositionen, Giro- und Kontokorrenteinlagen sind um 27,0 auf 1452,2 Mill. gestiegen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Erdbeben im Wutachtal

W. Adorf, 7. April. In der Nacht von Osterfesttag zu Osterfesttag entstanden auf dem sogenannten Wellblechweg, dem Gemeindegang von Adorf nach Hüben, an der Gemarkungsgrenze Adorf-Hüben große Risse und Senkungen. An vielen Stellen ist der Weg unterbrochen, stellenweise beträgt der Höhenunterschied zwischen den einzelnen Teilen des Weges 1,50 Meter. Nach Darstellung des Badischen Wasser- und Straßenbauamtes Donaueschingen haben sich an den Osthängen der Wutach Misse im Gelände gebildet. Das Gelände wird von einem zusammenhängenden Riß scharf umgrenzt. Das Bewegungsgebiet beträgt 6-7 Hektar. Außer dem Umgrünungsriß sind verschiedene Querriße etwa gleichlaufend mit dem Wellblechweg innerhalb dieses Gebietes entstanden. Die ganze Geländeoberfläche hat sich bis zum 6. April, auch gestern sind neue Senkungen eingetreten, um etwa 40 Zentimeter gesenkt und nach der Wutach vorgehoben. Diese ist an einigen Stellen merklich berengt und hat ihr Bachbett auf einer Länge von etwa 200 Meter erhöht. Der Höhenunterschied der Bachsohle an der Aufschüttung bei Adorf beträgt 4,75 Meter. Es besteht jedoch keine Gefahr für eine Überschwemmung von Adorf. Der Weg wurde behördlich gesperrt. Es handelt sich um ein Aufschüttungsgebiet, das vermöge seiner geologischen Beschaffenheit (Keuper) dauernd in Bewegung ist. Heute weist der Landesgeologe Schnarrenberger an der Senkungsstelle.

Heidelberg, 7. April. Wie die Mannheimer „N. Bad. Vds.“ meldet, wurde im Stadtteil Wiebflingen am Samstag bei 18 Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei eine Hausdurchsuchung nach Waffen vorgenommen. Dabei ist aber nichts Belastendes gefunden worden. Die Durchsuchung erfolgte, wie das genannte Blatt weiter berichtet, auf anonyme Anzeige von rechtsparteilicher Seite hin.

Helmstadt (bei Sinsheim), 7. April. Über einen Motorradunfall, der drei Todesopfer forderte, werden folgende Einzelheiten bekannt: Der Gastwirt Karl Stadler von hier befand sich auf dem Rückweg von Hirsbach nach Helmstadt. Auf dem Sozius saß eine Verwandte von ihm, das Dienstmädchen Wöhner von Hirsbachhausen. Aus entgegengesetzter Richtung kam ein anderes Motorrad, gesteuert vom Gutsbesitzer Heinrich Schäfer, Hofen bei Mannheim, Sohn des Bürgermeisters Schäfer von Hirsbachhausen. Die beiden Motorräder stießen auf der geraden überfluteten Straße zusammen. Alle drei

Verletzten wurden von später Vorbeikommenden bewußtlos aufgefunden und in das Bezirkskrankenhaus Redardischhofheim verbracht. Bei der Entlassung starb der eine der Verletzten, der andere eine halbe Stunde später. Auch das Mädchen starb im Laufe des Sonntag. Wie das Unglück geschah, konnte niemand feststellen.

W. Forstheim, 7. April. Einer der bedeutendsten Forstheim-Industriellen, Emil Suedes, vollendet am 8. April sein 60. Lebensjahr. Er befindet sich augenblicklich im Krankenhaus, wo er sich einer Operation unterziehen mußte. Suedes gehörte von 1907 bis Kriegsende als Mitglied der National-liberalen Partei und Fraktionsführer dem Bürgerausschuß an. Nach der Staatsumwälzung ging er zur Deutschen Demokratischen Partei. Schon 1906 wurde Suedes in den Vorstand des Arbeitgeberverbandes berufen, dem er seither ununterbrochen, seit 8 Jahren als zweiter Vorsitzender, angehört. In der Handelskammer, die ihn gleichfalls seit Jahren zu ihren Mitgliedern zählt, fungiert er als Vizepräsident.

W. Forstheim, 7. April. Die Baggerungen zur Verbesserung der Einfahrt in den Keller und den Straßburger Rheinhafen, die vor einem halben Jahr begonnen wurden, sind beendet.

H. Freiburg, 7. April. Die im vorigen Herbst eingerichtete Fernkraftwerksverbindung Freiburg-Totnau-Feldberg-Schaffhausen wird in diesem Jahre, da die Benützung nicht den Erwartungen entsprach, nicht wieder aufgenommen werden. Die Oberpostdirektion Konstanz hat eine entsprechende Verfügung erlassen.

W. Freiburg i. Br., 7. April. Der Direktor der Handwerkskammer in Freiburg, S. Eckert, hat auf den 1. Juli 1931 um seine Pensionierung nachgesucht. Er hat während 30 Jahren die Geschäfte der Kammer geführt. Als Nachfolger ist sein Sohn, Dr. W. Eckert, in Aussicht genommen.

W. Freiburg, 8. April. Aus der Kasse der hiesigen Kasino-Spielbank sind 6400 RM verschwunden. Die Tat muß geschehen sein, als am Montagabend die Kassiererin nach Kassenschluß auf einen Augenblick den Kassentraum verlassen hatte.

H. Wolfach, 7. April. Am Abend des Osterfesttag kam der Bandwirt Kornmaier, der den ganzen Sonntag über gezechet hatte, betrunken nach Hause und wurde deswegen von seiner Frau zur Rede gestellt. Darüber in Wut geraten, nahm er eine Axt und schlug die Frau zu Boden. Die Verletzung durch den wuchtigen Hieb führte am Tage darauf zum Tode. Der Täter wurde verhaftet. Fünf Kinder beweinen die Schuld ihres Vaters.

H. Mühlheim, 7. April. Im Sanatorium „Schloß Hornegg“ ist Reichsfinanzminister Dr. Dietrich zu einem Kuraufenthalt eingetroffen.

W. Feldberg/Schwarzwald, 7. April. Am Mittwoch, den 8. April, vollendet das unter dem Namen „Feldbergmutter“ weithin bekannte Fräulein Janny Mayer ihren 80. Geburtstag. Vor 50 Jahren war sie auf den Feldberg gekommen, wo ihr Bruder, Carl Mayer, das „Kurhaus Feldberg“ gepachtet hatte, und war in unermüdlicher und zielbewußter Arbeit eine treue Helferin und gute Mutter für Personal und Gäste geworden. Auch heute noch, nachdem aus dem bescheidenen Gasthof ein Hotelgroßbetrieb geworden ist, nimmt sie in voller körperlicher und geistiger Frische Anteil an ihrem Werk.

Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Planmäßig ange stellt:

Pflegerin Luise Funke an der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Ernannt:

Pfleger Josef Walter an der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch zum Oberpfleger; Regierungssachbearbeiter Max Kamm beim Bezirksamt Emmendingen zum Regierungsrat.

Versetzt:

Die Veterinärärzte als Bezirksärzte Dr. Otto Boffert in Donaueschingen nach Schönau, Dr. Heinrich Mittelmann in Bonndorf nach Donaueschingen und Dr. Hans Stegmaier in Schönau nach Bonndorf.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:

Polizeioberleutnant Jakob Bühler in Forstheim.

Entlassen auf Ansuchen:

Landesökonomierat Dr. Franz Josef Schwörer in Freiburg.

Finanzministerium

Zur Ruhe gesetzt:
Bauoberinspektor Wilhelm Biebler beim Bezirksbauamt Heidelberg.

Deutsche Beamten - Krankenversicherung, V. a. G. Koblenz-Rhein

Familienkrankenkasse mit zur Zeit rund 300000 Versicherten

Freie Arztwahl / Behandlung als Privatpatient, also kein Krankenschein / Keine Nachschußpflicht / Beitragsrückgewähr

Keine jährliche Höchstgrenze und keine zeitliche Beschränkung für Krankenhilfe, Krankenhausbehandlung und Arzneimittel

Aufnahme mit Sterbegeld bis zum 60. Jahre, ohne Sterbegeld bis z. 70. Jahre

Drucksachen und Auskunft
kostenlos von der

L.11

Bezirksverwaltung für Baden in Mannheim, Rathaus

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATER
DOSENHEIM A. B. BERGSTR.

LIEFERT AUS SCHLOSS V.
HECKENMARKBRUCH
ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU- MATERIAL

Karlsruhe, A. 592
Güterrechtsregisterinträge.
1. Zu Band II, Seite 72:
Kunzmann Christian, Fahr-
radhändler, Karlsruhe und
Anna geb. Wiedemaier.
Vertrag vom 6. März 1931.
Gütertrennung.
2. Seite 73: Oswald
Ernst, Modelleur, Karlsru-
he und Nina geb. Geigle.
Vertrag vom 10. März 1931.
Gütertrennung. 30. III. 31.
3. Seite 74: Hubler Gu-
gen, Schuhmachermeister,
Karlsruhe und Sofie Eli-
sabeth geb. Birbaß. Ver-
trag vom 23. März 1931.
Gütertrennung. 31. III. 31.
4. Seite 75: Oahn Emil,
Buchdruckerarbeiter,
Karlsruhe und Lina geb.
Schlegel. Vertrag vom
9. März 1931. Gütertren-
nung. 1. IV. 31.
5. Seite 77: Kappfer
Karl Hermann, Buchdruc-
kmaschinenmeister, Karlsru-
he und Elise geb. Ehr-
mann. Vertrag vom 11.
Februar 1931. Güter-
trennung. 4. IV. 31.
Amtsgericht Karlsruhe.

Bezirksparkasse Gernsbach

Öffentliche Sparkasse unter Bürgerschaft von 19 Murgalgemeinden

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenvorrat	20 983,84	1. Spareinlagen	5 352 884,87
2. Guthaben bei Girozentra- len u. Postsparkassen	412 332,66	2. Aufwertungs-spareinla- gen	894 137,80
3. Wertpapiere	290 250,—	3. Giro- und Kontokorrent- einlagen	872 334,29
4. Wechsel	24 446,40	4. Ausgaberrückstände	29 693,60
5. Darlehen a. Hypotheken	3 307 550,48	5. Rücklagen:	
6. Darlehen in laufender Rechnung	946 787,75	a) gesetzl. Reservefonds	284 439,50
7. Darlehen auf Schul- scheine	813 089,95	b) Sonderrücklage	132 000,—
8. Darlehen a. Gemeinden	726 884,—	c) Konto-korrentkredit- sicherungsreserve	30 000,—
9. Aufwertungsforde- rungen (darunter Wert- papiere zum Kennwert eingesetzt) Kursdiffe- renz per 31./12. 30 155 120,22	965 876,41	d) Aufwertungsabrech- nungsfonds	198 749,62
10. Einnahmerückstände	29 727,09	*) hieron ist die Kurs- differenz per 31./12. 30 mit 155 120,22 RM noch abzurechnen	
11. Grundstücke u. Gebäude	261 501,—	6. Reingewinn vom Jahre 1930	26 821,45
12. Gerätschaften	1,—		
13. Stückzinsen	31 630,55		
	7 821 061,13		7 821 061,13

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 6 225 219,16 RM Einlagen 311 260,95 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 311 260,95 RM
Somit Unterschied — RM

Gernsbach, den 26. März 1931.

R.378

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:
Kenges, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
Karl Ganter.

Wir werben für Sie!

Drud G. Braun, Karlsruhe.

Öffentliche Verbandsparkasse Osterburken

Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva:	RM	Passiva:	RM
Kassenbestand	6 492,91	Spareinlagen	816 335,95
Guthaben bei Girozentrale und Postsparkasse	57 725,38	dto. a. Aufwer- tung	288 058,61
Wechselbestand	25 525,80	Giroeinlagen	115 078,21
Kontokorrent-Kredite	137 943,10	Kontokorrentein- lagen	7 139,83
Wertpapiere	4 482,25	Reichs-sonderkreditmittel	36 089,08
Hypothekendarlehen	401 145,28	Gesetzl. Rücklage	50 770,18
Einlage beim Spargirover- band	22 900,—	Zuweisung aus Reingewinn 1930	695,23
Grundstückkaufgelber	168 706,93	Sonderrücklage aus Rein- gewinn 1930	7 000,—
Schuldenscheindarlehen	110 753,42		
Kapitalanlagen a. Sonder- kreditmitteln	36 089,08		
Giroüberziehungen	8 418,60		
Einnahmerückstände	29 787,82		
Verwaltungsgebäude	51 000,—		
Gerätschaften	2 500,—		
Aufwertungsforde- rungen	145 699,63		
Aufwertungsabrechnungs- konto	112 016,89		
	1 321 167,09		1 321 167,09

Berechnung der Rücklage:

Als gesetzliche Rücklage:
5% aus 931 414,16 RM Einlagen 46 570,70 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 51 465,41 RM
Somit mehr 4 894,71 RM
Als Sonderrücklage 7 000,— RM

Osterburken, den 23. März 1931.

R.376

Der Verwaltungsratsvorsitzende:
Bauer, Bürgermeister

Der Geschäftsleiter:
Badenbach

Gemeindesparkasse Dielheim

(Öffentliche Sparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Schulden:	RM
1. Kassenbestand	1 764,87	1. Spareinlagen	317 011,25
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Post- sparkassen	28 907,96	2. Aufwertungs-spareinlagen	110 928,62
3. Wertpapiere	900,—	3. Giro- und Kontokorrent- einlagen	36 368,76
4. Darlehen auf Hypotheken	271 700,—	4. Rücklagen:	
5. Darlehen auf Schul- scheine an Private	113 991,30	a) gesetzl. Reservefonds	24 615,66
6. Aufwertungsforde- rungen:		b) Sonderrücklage	11 511,70
a) Hypotheken u. Schul- scheine	69 626,74	5. Reingewinn vom Jahre 1930	9 600,68
b) Ausgleichsforde- rung an die bürgende Ge- meinde	18 309,54		
7. Einnahmerückstände	4 934,26		
8. Gerätschaften	1,—		
	510 135,67		510 135,67

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 353 380,01 RM Einlagen = 28 270,40 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 = 45 827,04 RM
Somit mehr 17 556,64 RM

Dielheim, den 28. März 1931.

R.382

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:
Knopf, Bürgermeister

Der Geschäftsleiter:
Frey